

Über Deutschland lacht manchmal die Sonne, über Westerwälder Politiker die ganze Welt

geschrieben von Admin | 20. März 2014

Dummerweise gibt es in großen Abständen Wahlen. Und typische Politiker, die wie der gegelte Herr von und zu Guttenberg (CDU) durch Lug und Trug aufgefallen oder sich wie ein Herr Edathy über die von den Steuerzahlern finanzierten Server an nackten Kindern ergötzt haben, bekommen dann vom Wähler mitunter die ganze Verachtung gezeigt. Im Hohen Westerwald stellt die Kaste der Politiker derzeit allerdings alles in den Schatten, was man gemeinhin mit Politikern verbindet. Jedenfalls sieht man in dem kleinen Städtchen Bad Marienberg, warum das Rückgrat bei Politikern häufig so unterentwickelt ist – weil es so wenig benutzt wird.

Antiwindkraftlied der damit gebeutelten **Rhöner Sauwanzt**

Seit weit mehr als zwei Jahren haben wir an dieser Stelle über drollige Westerwälder Politiker berichtet, die auf Biegen und Brechen zu Lasten der Natur unbedingt einen Windpark um eine vom Steuerzahler finanzierte Greifvogel-Aufzuchtstation bauen und mit diesem Schildbürgerstreich allein durch die öffentlich bekannt gewordene Planung wohl gleich auch noch die Immobilieneigentümer in der Region um 160 Millionen Euro enteignet haben. Jedenfalls hat ein Architekt mitgeteilt, dass bei geschätzten rund 6000 Immobilien die Bad Marienberger Bürger schon jetzt um rund 160 Millionen enteignet wurden, weil ihre Häuser allein durch die Planungen stark im Verkaufswert gefallen sind. Immobilien in der Nähe von WKA seien quasi unverkäuflich, sagt auch Jürgen-Michael Schick, Sprecher des Verbandes Deutscher Makler (VDM). Verbandsmitglieder beklagten, dass einige Häuser seit Jahren erfolglos mit Preisabschlägen von bis zu 40 Prozent angeboten würden. Dennoch gebe es nicht einmal Interessenten für diese Objekte, sagt Schick.

160 Millionen Euro? Das ist eine Summe, die sich ein Lokalpolitiker in Bad Marienberg wahrscheinlich kaum vorstellen kann. Aber ist ja auch egal. Ist ja auch das Geld der Bürger. Den örtlichen Politikern, die über die Planungen für den Bau eines gigantischen Windparks abzustimmen hatten, waren die Sorgen der Bürger und die im Planungsgebiet bedrohten und auf der Roten Liste stehenden Tierarten (Roter Milan, Uhus und Fledermäuse) offenkundig völlig egal. Jedenfalls hat nicht ein einziges Gemeinderatsmitglied bei der entscheidenden Abstimmung im Februar 2014 dagegen gestimmt. 100 Prozent aller Fraktionen stimmten bei 100 Prozent der Abstimmungen zu 100 Prozent dafür, dass rund um die Verbandsgemeinde in ausgewiesenen Brutgebieten von Rotem Milan, Uhus und bedrohten Fledermäusen Windräder mit bis zu 200 Metern Höhe gebaut werden dürfen. Im örtlichen Mitteilungsheft *Wäller Blättchen* war die Sitzung vom 10. Februar 2014, bei der es für die Bürger um sehr viel ging, ein kleines Randthema, der Aufmacher war »90 Jahre Freiwillige Feuerwehr Langenbach«. Man bekam da als Bürger wohl nicht zu Unrecht den Eindruck, dass das Thema möglichst lange vor den Bürgern verheimlicht werden

sollte. Immerhin hatten bei der entscheidenden Abnückung der Zerstörung der Rückzugsgebiete für Roten Milan, Uhus und Fledermäuse Politiker aller Fraktionen ausdrücklich Wert auf die Aufnahme ihrer Aussage ins Protokoll gelegt, wonach sie und ihre Parteien schon lange zu 100 Prozent hinter den Planungen stünden. Das ist für den Fortgang der Geschichte wichtig.

Unsere Artikel über die drolligen Bad Marienberger Politiker, die mit voller Kraft die Natur in ihrer Heimat zerstören wollen, hat weit über den Westerwald hinaus in der Bevölkerung über alle Parteigrenzen hinaus für großes Aufsehen gesorgt. Man muss dazu wissen, dass unsere Nachrichtenseiten im Web monatlich durchschnittlich rund 28 Millionen Mal angeklickt werden und im deutschsprachigen Raum um Platz 400 der Webseiten rangieren. Und sie werden zudem unzählige Male kopiert und auf anderen befreundeten Portalen verbreitet. Würden wir zusammen mit befreundeten Seiten zu einem Flashmob-Treffen in Bad Marienberg zugunsten der dort bedrohten Tiere aufrufen, dann könnte man dort aufseiten der Schildbürger-Politiker wohl nur noch die weiße Fahne hissen.

Inzwischen haben extrem viele Menschen mitbekommen, wie die Bad Marienberger Schildbürger vom Aussterben bedrohte Tiere eiskalt lächelnd vernichten wollten. Und dann hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Auf einen Schlag ist nun alles anders. Denn die windigen Politiker müssen sich in wenigen Wochen im Mai 2014 den Wählern stellen. Und die Bürgerinitiative zugunsten der geschützten Tiere hat so rasend schnell Zulauf, dass die eher trägen Politiker nicht mehr mitkommen.

Parallel zur Gründung der Bürgerinitiative verlautbarte erst die um ihre Wählerstimmen zitternde CDU, dass man nun doch irgendwie nicht mehr für den Bau eines Windparks im Brutgebiet der bedrohten Tiere sei, wenige Stunden später auch die SPD. Die Pharisäer, die wenige Tage zuvor noch ohne Skrupel zu 100 Prozent für die Vogelschredder stimmten, hatten keine Skrupel, als Wendehälse geoutet zu werden. Hauptsache, sie können weiter ihre geliebten Ämter und Posten behalten.

Wie auch immer die Geschichte weitergehen wird, die Lokalpolitiker verlieren in der Bevölkerung rasant an Ansehen und werden bei der Wahl im Mai 2014 wohl kräftig abgewatscht werden wie noch nie. Denn inzwischen kam heraus: Die finanziell schwer angeschlagene Gemeinde hat Steuergelder für die Vorplanung des mehr als fragwürdigen Projekts im Sinne ihrer wohl eher zwielichtigen Geschäftspartner (Windparkbauer Juwi) ausgegeben.

Und die Lokalpolitiker aus Bad Marienberg werden den Bürgern jetzt einiges erklären müssen. Denn die Schildbürger haben den Windpark nicht nur mitten im Brutgebiet vom Aussterben bedrohter Tiere abgesegnet, sondern auch mitten in einem alten Bergbauggebiet, welches nach Angaben der älteren Einwohner der Region löchrig wie ein Schweizer Käse ist. Offenkundig hatten die ohne Kenntnis von Heimatkunde planenden Politiker

vergessen, dass das Gebiet um die Bad Marienberger Höhe seit Mitte des 18. Jahrhunderts durch die Grubenbetreiber Concordia und Georgszeche unterhöhlt wurde. Weil spätestens 40 Zentimeter unter dem Waldboden Basaltstein kommt, müsste man sprengen, um überhaupt Fundamente für Windräder bauen zu können. Und das würde die Jahrhunderte alten Stollen, die heute den vom Aussterben bedrohten Fledermäusen überall in dem Gebiet als Tag- und Winterquartiere dienen, zum Einsturz bringen und auch den Lebensraum der Fledermäuse zerstören. Erstaunlicherweise sind diese alten Stollen, die ein weit verzweigtes und nicht kartiertes unterirdisches Höhlensystem bilden, im Artenschutzgutachten, welches die Gemeinde beim Diplombiologen Malte Fuhrmann in Auftrag gegeben hatte, nicht erwähnt. Das Gutachten, welches eine der wichtigsten Grundlagen für die Planungen des Windparks inmitten der Lebensräume von Rotem Milan, Fledermäusen und Uhu war, hat aber noch eine andere interessante Besonderheit: Es gibt dort erstaunlicherweise keinen Hinweis auf das Barotrauma. Das aber zerfetzt Fledermäusen durch den Unterdruck der Windkraft-Rotoren die Lungen. Sie sterben dann nicht am Rotorschlag. Das Gutachten zu den Fledermäusen geht aber nur auf den Rotorschlag ein, daher hatten wir am 9. März 2014 eine Mail mit folgendem Inhalt zu seinem Gutachten an den Diplombiologen Malte Fuhrmann geschickt:

Darin finde ich mit nicht einem Wort das Barotrauma erwähnt, an dem die Fledermäuse in der Nähe von WKA sterben, denn der Rotorschlag ist bei ihnen ja nicht die Haupttodesursache. Ich bin Journalist und verfasse derzeit ein Sachbuch über Gutachten und Gutachter zu Naturschutzthemen. Mir ist aufgefallen, dass Ihr Gutachten nicht dem Stand der Wissenschaft entsprach, zumindest entstand dieser Eindruck beim sorgfältigen Studieren. Vom Spiegel bis Spektrum der Wissenschaft berichten auch die populärwissenschaftlichen Journalisten schon seit vielen Jahren über das Barotrauma als Todesursache bei Fledermäusen in der Nähe von WKA – warum kommt's bei Ihnen schlicht nicht vor? Oder sollte ich es übersehen haben???

Wir haben bis heute weder auf diese Mail noch auf telefonische Nachfrage eine Antwort bekommen. Es wäre vielleicht an der Zeit, dass die Bad Marienberger Politiker jene Steuergelder, die sie für das »Gutachten« ausgegeben haben, zurückfordern. Die Schildbürger aus dem Gemeinderat sollten jedenfalls ganz schnell versuchen, den von ihnen angerichteten Schaden zu begrenzen. Oder aber sie arbeiten emsig weiter daran, das Ansehen von Politikern auf ein noch niedrigeres Niveau abzusenken.

Das alles kann man nur verstehen, wenn man weiß, wie unsere Politiker ticken: Die politische Korrektheit ist ihnen ganz wichtig. Immer mehr Bürger entwickeln da eine gewisse Wut. Und irgendwann knallt es dann. Politiker, welche immer neue Windparks planen lassen, fachen diese unheilvolle Entwicklung noch an. Schließlich produzieren immer mehr Windparks immer weniger Strom – und die Zeche zahlen die Verbraucher. Nicht nur das ist irre, denn klar ist inzwischen auch: Windräder heizen den Klimawandel an, weil sie den Austausch der Luftschichten verhindern. Und alle Windräder, die bislang gebaut wurden, haben an der CO₂-Bilanz

nach Angaben des *Spiegel* rein gar nichts verändert.

Im hessischen Teil des Westerwaldes haben die Politiker deshalb gerade die Notbremse gezogen: Dort darf jetzt kein neues Windrad mehr geplant werden. Nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt gibt es aber im rheinland-pfälzischen Teil des Westerwaldes bei der kleinen Gemeinde Bad Marienberg immer noch ewig-gestrige Schildbürgermeister, die das alles wohl noch nicht mitbekommen haben. Dabei warnt sie nicht nur der Bürgermeister des rheinland-pfälzischen Städtchens Weisenheim. Denn Windparks nutzen vor allem zwielfichtigen Betreibern wie Juwi. Und was lernen wir aus alledem? Autoverkäufer verkaufen Autos. Versicherungsvertreter verkaufen Versicherungen. Und Volksvertreter? Aber dieses Mal haben sich die Volksvertreter wohl getäuscht: Dieses Mal wollen sich die Menschen nicht von windigen Politikern verkaufen lassen.

Die örtlichen Politiker haben wohl noch keine rechte Ahnung, was da derzeit an Empörung in der Bevölkerung auf sie zurollt. Bad Marienberg dürfte jedenfalls schnell international bekannt werden. Denn Politiker aller Fraktionen sollen dort nach einer jetzt geplanten ersten Aktion in den Gaststätten Hausverbot bekommen und einfach nicht mehr bedient werden. *Kein Bier für Politiker* heißt die Aktion, welche wohl auch überregional Beachtung finden dürfte.

Das alles könnte aber schnell noch weitaus größere Kreise ziehen, wenn das Gerücht bestätigt wird, wonach die windigen Politiker schon insgeheim Verträge mit dem Windanlagenbauer Juwi geschlossen haben, um sich die Taschen zu füllen. Für die Bürger könnte das eine Lektion werden, wie sehr unsere frühere Demokratie schon zur Farce geworden ist.

Der Beitrag wurde mit Dank vom Kopp Verlag in Kopp Online übernommen und mit dem Antwiwindkraftlied der Rhöner Sauwanz „angereichert“